

Herausgeber:

SPD-Stadtverband Alfeld (Leine), Kalandstraße 5, 31061 Alfeld

Tel.: 05181/3131

Fax: 05181/25623

www.spd-alfeld.de

info@spd-alfeld.de

V.i.S.d.P.

Waltraud Friedemann

Gut vorbereitet



Attraktiv

Lebendig

Fortschrittlich

Erfolgreich

Lebenswert

SPDynamisch

Alfeld liegt uns am Herzen

SPD

SPD Alfeld

Wahlprogramm

Kommunalwahl 2011

Wahlprogramm für die Zeit von 2011 - 2016

Inhaltsverzeichnis:

Vorwort	Seite	3
1. Haushalt und Finanzen	Seite	4
2. Bildung und Schule	Seite	6
3. Angebote für Kinder und Jugendliche	Seite	7
4. Kinder- und Jugendbeteiligung	Seite	8
5. Sportpolitik	Seite	9
6. Familie und Beruf	Seite	10
7. Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement	Seite	11
8. Verkehr	Seite	12
9. Energie	Seite	13
10. Städtebau	Seite	14

Vorwort:

Liebe Alfelderinnen und Alfelder,

am 11. September werden der Rat der Stadt sowie die Ortsräte in Alfeld neu gewählt.

Die SPD in Alfeld hat Wort gehalten. In unserem Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2006 hatten wir uns als Ziel gesetzt, den ganzjährigen Badebetrieb für die Alfelder Bevölkerung zu erhalten. Mit dem Bau des „7 Berge Bades“ haben wir dieses Versprechen eingelöst.

Für den Erhalt der qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung in unserer Region werden wir uns auch zukünftig stark machen, so unsere Aussage 2006. Dieser Herausforderung haben wir uns gestellt, indem wir zusammen mit anderen dafür gesorgt haben, dass das Alfelder Krankenhaus eine gesicherte Zukunft hat.

Eine Privatisierung der Kreiswohnungsbaugesellschaft haben wir verhindert.

Wenn Sie unser Wahlprogramm durchlesen, werden Sie feststellen, dass die Anpassung der vorhandenen Strukturen an den demografischen Wandel und die finanzielle Situation unserer Stadt wichtige Themen in den nächsten Jahren sein werden.

Wir lassen Sie nicht im Unklaren. Dieser Anpassungsprozess wird Veränderungen und finanzielle Einschnitte mit sich bringen.

Wir laden Sie herzlich ein, mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten zu sprechen.



Waltraud Friedemann

Vorsitzende des SPD-Stadtverbands Alfeld (Leine)



Wolfgang Wiek

Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion

1. Haushalt und Finanzen

Zunächst ist festzustellen, dass die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung auch an den Kommunen nicht spurlos vorübergegangen ist. Die weltweite Finanzkrise mit ihren Folgen für die Wirtschaft hat auch in Alfeld dazu geführt, dass die wichtigste Einnahmequelle, die Gewerbesteuer, nicht mehr so stark sprudelt wie in früheren Jahren. Hier ist der Rückgang der Einnahmen mit mehreren Millionen Euro jährlich erheblich. Auch geringere Einkommensteuerzahlungen wirken sich über den Finanzgleichgewicht mit zeitlicher Verzögerung negativ auf die finanzielle Lage der Stadt Alfeld aus.

Außerdem beschließt der Bundestag eine Vielzahl von Gesetzen, für deren Erfüllung die Städte und Gemeinden aufkommen müssen. Hier verwirklicht sich nicht das allgemeine Prinzip „wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch“. Zusammengefasst, auch wenn sich die wirtschaftliche Lage und damit sich die Einnahmesituation vieler Kommunen wieder verbessert, wird sich an diesem kommunalen strukturellen Defizit nichts ändern. Solange der Bund und das Land ihrer Verpflichtung, die Städte und Gemeinden ordnungsgemäß finanziell auszustatten, nicht nachkommen, können diese ihre finanziellen Probleme nicht lösen.

Das entbindet uns aber nicht von der Pflicht, unserer finanziellen Verantwortung nachzukommen und Vorschläge für eine Haushaltskonsolidierung zu unterbreiten.

Unzweifelhaft ist die langfristige Verschuldung, insbesondere die Haushaltsentwicklung in den Jahren 2010 und 2011, besorgniserregend. In diesem Zusammenhang muss aber auch darauf hingewiesen werden, dass das Vermögen der Stadt Alfeld (Leine) die langfristige Verschuldung um ca. 60 Mio. deutlich übersteigt.

Abgestellt auf den Haushalt 2011 mit einem Defizit von ca. 5 Mio. € ist festzustellen, dass fast vier Fünftel dieses Defizits auf Umstände zurückzuführen sind, die seitens der Stadt Alfeld nicht zu vertreten sind.

Zunächst wird der Haushalt mit Abschreibungen in Höhe von 3 Mio. € belastet. Die seit Anfang der 90er Jahre den Kommunen übertragenen nicht refinanzierten Aufgaben belaufen sich bei der Stadt pro Jahr auf eine Größenordnung von ca. 1,5 Mio. €.

Wichtig ist, dass wir unseren finanziellen Handlungsspielraum nicht verlieren und das begonnene Konsolidierungsprogramm fortführen.

Dazu ist allerdings festzustellen, dass für uns Sozialdemokraten der Bereich Bildung und Schule eine zentrale Aufgabe ist. Die SPD empfindet sich als Bildungspartei Deutschlands. Wir sind stolz darauf, maßgebliche Impulse für die Bildungslandschaft in Deutschland gegeben zu haben. Daher kommen für uns Einsparungen in diesem Bereich nicht infrage.

Dazu im Einzelnen:

Grundsteuer

Im Bereich der Grundsteuer B wird zurzeit ein Umlagesatz von 355 v.H. bei der Stadt Alfeld erhoben. Der Landesdurchschnitt beträgt indes 381 v.H., so dass die Stadt Alfeld vom Land im Rahmen des Finanzausgleichs so behandelt wird, als wenn sie den Landesdurchschnitt erheben würde. Da die Kommunalaufsicht in diesem Fall darauf bestehen wird, dass die Stadt Alfeld mindestens den Landesdurchschnitt erhebt, werden wir gezwungen sein, hier zu handeln.

Personalentwicklung

Personalkosten sind in vielen Unternehmen und besonders in Verwaltungen als typische Dienstleistungsanbieter in der Regel der größte Kostenfaktor. Daher kann dieser Sektor bei einer Haushaltskonsolidierung nicht ausgenommen werden. Da es sich in diesem Fall um Menschen handelt, ist mit dieser Ressource behutsam umzugehen. Eine andere Vorgehensweise wäre mit unserem Selbstverständnis auch nicht vereinbar. Die Rasenmäher-Methode lehnen wir ab. Mit der Alfelder SPD sind betriebsbedingte Kündigungen nicht zu machen.

Das schließt allerdings nicht aus, bei der Neubesetzung von Personalstellen zu überprüfen, ob diese noch erforderlich sind. Dabei ist uns klar, dass dabei eine differenzierte Betrachtungsweise erforderlich ist. Da die Stadt in erster Linie ein Dienstleistungsbetrieb ist, sind hier Einsparungen oft nur mit einer Verminderung der Leistungen zu erreichen. Dass hier Anpassungen aufgrund des demografischen Wandels gegebenenfalls vorgenommen werden müssen, ist selbstverständlich. Kürzungen sind im Grunde nur im klassischen Verwaltungsbereich möglich. Unter Zugrundelegung dieser Kriterien sind wir der Auffassung, langfristig eine Senkung der Personalkosten zu erreichen. Jüngstes Beispiel: Die Übertragung der Rechnungsprüfung auf den Landkreis Hildesheim. Wir sind gegen eine Privatisierung von Dienstleistungen. Dies bedeutet eine Verschiebung in die Sachkosten und in vielen Fällen eine Mehrbelastung für den Haushalt oder für die Bevölkerung.

Vermögensveräußerung

Aufgrund der demografischen Entwicklung werden einige Bauvorratsflächen, die sich im Eigentum der Stadt befinden, nicht mehr benötigt. Ein möglicher Verkauf dieser Flächen wird ebenfalls zur Haushaltskonsolidierung beitragen.

Wir streben an, die Nettokreditaufnahme zu begrenzen. Unser Ziel ist es, wieder einen ausgeglichenen Haushalt im Rat beschließen zu können.

2. Bildung und Schule

Jedes Kind hat einen Anspruch auf Bildung.

Sozialdemokratische Ziele sind

- allen Menschen den Zugang zur Bildung zu ermöglichen
- eine wirkliche Chancengleichheit durch optimale Bildung herzustellen
- und die Förderung der individuellen Persönlichkeit in den Mittelpunkt zu stellen.

Bildung ist die Voraussetzung zur aktiven Teilhabe am materiellen und kulturellen Reichtum und sozialer Verpflichtung. Bildungschancen müssen unabhängig sein von kultureller oder sozialer Herkunft. Nur dann wird es uns gelingen, eine offene und tolerante Gesellschaft zu gestalten. Dabei ist das Beherrschen der deutschen Sprache eine elementare Voraussetzung für die Zukunftschancen unserer Gesellschaft. Deshalb müssen frühzeitige Angebote für Kinder aus Migrantenfamilien wie für benachteiligte deutsche Kinder in der frühkindlichen, besonders in der vorschulischen Phase, vorhanden sein.

Außerdem wird die Bundesrepublik Deutschland ihre wirtschaftliche Spitzenposition nur dann halten können, wenn unsere Kinder eine voll umfängliche Wissens- und Sozialbildung erhalten.

Für Alfeld wird entscheidend sein, dass die Eltern von Grundschulkindern langfristig eine größere Planungssicherheit erhalten. In dieses System sind noch stärker die Eltern von Krippen- und Kindergartenkindern einzubinden.

Allein aus dem Gesichtspunkt der Bildungsgerechtigkeit heraus spricht sich die SPD für die Erweiterung qualitativ hochwertiger Bildungskonzepte durch Ganztagschulen auch in Alfeld aus.

Ganztagschulen verbinden eine noch effektivere Förderung aller Kinder mit Familienpolitik. Sie ermöglichen für die Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Eine einfache Verlängerung des Schulalltags in den Nachmittag reicht nicht aus. Individuelle Förderung im sinnvollen Wechsel vom gemeinsamen Unterricht braucht Raum und Zeit.

Es ist zukünftig darauf zu achten, dass auch Männer als Erzieher und Grundschullehrer eingestellt werden.

Kinder auf der Suche nach ihrer eigenen Persönlichkeit müssen auch erleben können, was Geschlechterrollen sind und wie Erwachsene damit umgehen. Sie nehmen sich als Jungen oder Mädchen wahr, können die Bedeutung ihres Geschlechts aber noch nicht verstehen. Für die Entwicklung der Persönlichkeit als Junge oder Mädchen ist das Vorbild beider Geschlechter wichtig.

Wenn Kinder in der Tagesstätte die Vielfalt der Welt kennenlernen sollen, gehören dazu nicht nur verschiedene Kulturen, Sprachen und Generationen, anregungsreiche Materialien und Spielgelegenheiten, sondern auch Frauen und Männer.

3. Angebote für Kinder und Jugendliche

Wir stehen dafür ein, dass die Angebote unserer Stadt allen Kindern und Jugendlichen interkulturell entsprechend ihren Interessenlagen zugänglich sind.

Die Jugendlichen haben ihre Wünsche zu einem Jugendzentrum in der Jugendbefragung 2010 geäußert. Unser Ziel ist es, dass unseren Kindern und Jugendlichen auch in Zukunft ein Jugendzentrum „Treff“ zur Verfügung steht. Gegenwärtig wird ein Konzept für die Sanierung/Neubau und inhaltliche Ausrichtung des Treffs in der Sedanstraße auf der Grundlage der Jugendbefragung in Alfeld erarbeitet. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, dieses umzusetzen.

Freizeitangebote sind für die Attraktivität einer Stadt auch in Zukunft unerlässlich. Veranstaltungen wie der Bernd-Meyer-Staffelmarathon und die Ferienpassaktionen sind nicht mehr wegzudenken. Events, wie zum Beispiel die „Oase“, sollten auch zukünftig veranstaltet werden.

Kein junger Mensch darf zurückgelassen werden. Stärken des Jugendlichen müssen individuell gefördert werden. Wir unterstützen die Möglichkeiten jugendlicher Arbeitsloser in der Jugendwerkstatt, eine Beschäftigung und Qualifizierungsmöglichkeit zu erhalten. Unser Ziel ist es, die Jugendwerkstatt auch in Zukunft zu erhalten.

Wir setzen uns dafür ein, dass Unternehmen weiterhin Jugendlichen eine Ausbildung ermöglichen. Hierzu gehören auch die Berufspraktika, um Jugendliche bei ihrer beruflichen Orientierung zu unterstützen.

Die Jugend ist unsere Zukunft. Junge Menschen sollen daher auch künftig zu ihren Einstellungen und Interessen befragt werden, damit sie sich mit ihren Ideen in das demokratische Leben einbringen können.

Der Stadtjugendring Alfeld (SJR) e.V. ist seit Jahren Ansprechpartner von Rat und Verwaltung bei allen Angelegenheiten, die Kinder und Jugendliche in unserer Stadt betreffen. Wir fördern den SJR Alfeld e.V. und deren Mitgliedsverbände bei allen ihren Aktivitäten in unserer Stadt.

4. Kinder- und Jugendbeteiligung

Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche, soweit sie betroffen sind, bei Entscheidungsfindungen von den politischen Gremien beteiligt werden. Schon in jungen Jahren sollten Jugendlichen Mitwirkungsmöglichkeiten und Handlungskompetenzen in der Kommunalpolitik aufgezeigt werden. Wir stehen dafür ein, dass die Ergebnisse der Beteiligung bei den Beschlüssen Beachtung finden. Hierbei wollen wir auf die Kompetenzen des SJR zurückgreifen. Der SJR hat die Möglichkeit, breite Schichten von Kindern und Jugendlichen zu erreichen.

Wir als Politikerinnen und Politiker wollen uns der Jugend zur Verfügung stellen, auch indem wir anbieten, interessierten Schülern und Schülerinnen oder Jugendlichen die Alfelder Kommunalpolitik näher zu bringen.

Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, die Schulen und Vereine in der Vermittlung der politischen Bildung zu unterstützen. Wir bieten hierzu aktive Hilfe an.

Mit Beginn der 5. Klasse werden zum ersten Mal Klassen- und Jahrgangssprecher/innen gewählt und die Kinder und Jugendlichen kommen erstmals mit demokratischen Grundprinzipien in Kontakt. Daran wollen wir anknüpfen.

Unser Anliegen ist es, die Grundlagen unserer Kommunalpolitik spielerisch zu erarbeiten. Um Zusammenhänge besser zu verstehen, könnten wir dabei helfen, eine Gremiensitzung nachzustellen. Ziel ist es, politische Prozesse nachzuvollziehen. Um das Spiel so wirklichkeitsnah wie möglich zu gestalten, sollen weitgehend aktuelle und/oder kommunale Themen behandelt werden. Als Teil des Spiels ist die Teilnahme an einer Rats- bzw. Ausschusssitzung denkbar.

5. Sportpolitik

Die kommunale Sportpolitik wird zukünftig von der Zielvorstellung geleitet, allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu eröffnen, sich nach persönlicher Neigung und Befähigung sportlich betätigen zu können.

Die Stadt Alfeld stellt Sporthallen und Sportplätze zum Sporttreiben zur Verfügung. Ergänzt wird dieses Angebot durch Sporthallen des Landkreises Hildesheim. Bisher geschah die Bereitstellung ohne die Erhebung von Nutzungsgebühren. Dies soll so bleiben, da eine Nutzungsgebühr die Vereine in ihrer Existenz bedrohen würde. In diesem Zusammenhang sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass sich die Vereine schon jetzt in vielfältiger Form an dem Unterhalt der Sporthallen beteiligen.

Durch den ganzjährig ausgeübten Leistungs- und Gesundheitssport ist es notwendig, dass in den Ferien immer eine Sporthalle als Trainingsort zur Verfügung steht. Zu nennen sind hier z. B. die Koronargruppe und der Handballsport.

Dringend erforderlich ist es, dass das Sporthallensanierungsprogramm fortgeschrieben wird, denn die meisten Sporthallen haben einen hohen Sanierungsbedarf. Wir möchten Bewegungsparks für Ältere in Kombination mit Kinderspielplätzen einrichten.

Außerdem gibt es in der Sportwelt Veränderungen. Die Motive für das Sporttreiben sind anders geworden. Die Grundversorgung mit Spiel- und Sportstätten muss daher standortnah gewährleistet sein. Auch die Vernetzung zwischen den verschiedenen Einrichtungen und Vereinen ist notwendig. Das heißt, die Angebote müssen bekannt sein, nicht überall muss alles angeboten werden, vorhandene öffentliche und vereinseigene Anlagen können so besser ausgelastet werden.

Der neueren Sportentwicklung liegt ein umfassendes Verständnis von Bewegung zugrunde. Den Menschen geht es beim Sport auch um Spaß mit Erlebnischarakter. Hierfür sind Spiel- und Sportplätze und –anlagen mit breiten, vielfältigen, multifunktionalen Möglichkeiten und Angeboten zu schaffen.

Wir unterstützen in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit der Aufstellung eines Sportstättenentwicklungsplans, der dem Ziel der Schaffung einer sport- und bewegungsfreundlichen Stadt dienen soll. Attraktive Sport- und Freizeitmöglichkeiten spielen darüber hinaus als weiche Standortfaktoren der Wirtschaftsförderung eine immer größere Rolle.

6. Familie und Beruf

Die gesellschaftliche Entwicklung bringt es mit sich, dass Frauen sich durch Berufstätigkeit verwirklichen, aber dabei nicht auf die Familie verzichten wollen.

Außerdem führen auch die wirtschaftlichen Bedingungen dazu, dass beide Elternteile berufstätig sind.

Der Vereinbarkeit von Beruf und Familie kommt daher immer größere Bedeutung zu.

Das vorhandene sehr gute Angebot an Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen ist bedarfsgerecht zu erhalten ggf. auszubauen. Es muss sichergestellt werden, dass auch für Schulkinder ein gutes sozialpädagogisches und psychologisches Betreuungsangebot vorhanden ist. Das reine Verwahren von Kindern ist nicht zeitgemäß.

Wesentliches Element hierbei ist, dass die Krippen, die Kindertagesstätten und die Horte flexible Betreuungszeiten auch während der Ferienzeiten anbieten.

Um die Eltern in der Erziehungsarbeit zu unterstützen, müssen die Zugänge zu den Angeboten der Elternarbeit verbessert werden. Die Rahmenbedingungen dafür wollen wir setzen, indem die Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren entwickelt werden. Dabei können die aus dem Berufsleben ausscheidenden Mitbürgerinnen und Mitbürger eine aktive Rolle einnehmen. Die Erfahrungen mit diesen Einrichtungen in anderen Kommunen sind positiv.

Die Vielfalt an Angeboten ist für Familien und Alleinerziehende, gerade in schwierigen Lebenssituationen, kaum übersehbar. Das Nebeneinander der verschiedenen Einrichtungen ohne eine Kooperation ist zudem problematisch. Es kommt darauf an, in Zukunft präventiv und zielgenau zu agieren. Es muss verstärkt ermöglicht werden, dass durch zusätzliche Möglichkeiten der Behörden/Einrichtungen in problembesetzte Familienverhältnisse rechtzeitig im Interesse des Kindes eingegriffen werden kann. Die „Kinderhilfe“ bzw. das Kinderwohl muss hier der Ausgangspunkt besserer Beratungs- und Betreuungsangebote sein. Deswegen ist es notwendig, die verschiedenen Dienste miteinander in Kontakt zu bringen und deren Angebote zu bündeln. Mit diesen Zentren wollen wir den Kindern in Alfeld einen sicheren Start ins Leben gewährleisten. Die frühe und gezielte Förderung der Kinder soll mit der Unterstützung und Entlastung von Familien verknüpft sein.

7. Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement

Die SPD Alfeld setzt sich für eine Förderung des Ehrenamtes ein.

Beleg dafür ist, dass die SPD in Alfeld für eine Unterstützung der örtlichen Vereine und Verbände eintritt, in denen in erster Linie ehrenamtliche Tätigkeit ausgeübt wird. Hier, wie zum Beispiel in den Sportvereinen, sind die Ehrenamtlichen die Träger der Arbeit. Das gilt auch für die Arbeit des Stadtjugendringes. Ohne Einsatz der Ehrenamtlichen bei den Freiwilligen Feuerwehren wäre der Brandschutz nicht gewährleistet.

Wir wollen auch im Internet eine Freiwilligenagentur einrichten.

Hier könnten interessierte Bürgerinnen und Bürger eine Plattform für die ehrenamtliche Tätigkeit in Alfeld finden. Wo finde ich eine ehrenamtliche Tätigkeit in meiner Nähe, wo könnte ich aktiv werden? Wo und was kann ich für meinen Ort tun? Welche Möglichkeiten gibt es für mich in Alfeld? Vereine und Verbände könnten hier Ihre Angebote offerieren. Daraus könnte sich ein „Ehrenamtlichen-Stammtisch“ entwickeln, an dem sich mit anderen Freiwilligen über die Arbeit ausgetauscht werden kann. Evtl. könnten sich daraus auch neue Angebote entwickeln.

In der multimedialen Welt gewinnt das Internet immer größere Bedeutung. Wir setzen uns dafür ein, dass die Webseite der Stadt Alfeld für wichtige Angelegenheiten zur Kommunikationsplattform ausgebaut wird. Insbesondere halten wir es für wichtig, ein sogenanntes „Bürgerinnen- und Bürgerinformationssystem“ einzurichten. Der Alfelder Bevölkerung soll die Möglichkeit gegeben werden, auf der Homepage Tagesordnungen und entsprechende Sitzungsprotokolle einsehen zu können. Kerndaten des Haushaltes, der Bevölkerungsentwicklung und weitere wichtige Informationen sind dort zu veröffentlichen.

Die Internetpräsenz der Stadt muss für Jugendliche attraktiver werden. Es ist zu prüfen, ob nicht eine auf die Interessen von Kindern und Jugendlichen ausgerichtete Internetseite eingerichtet werden könnte.

8. Verkehr

Die Modernisierung des Alfelder Bahnhofs ist abgeschlossen und ermöglicht nun einen barrierefreien Zugang. Unbefriedigend ist nach wie vor die Toilettensituation. Dies ist Sache der Deutschen Bahn. Unser Ziel ist es nach wie vor, hier eine Lösung herbeizuführen. Hinsichtlich der Videoüberwachung sollte aus Gründen der Sicherheit und zur Vermeidung von Vandalismus überprüft werden, ob diese von der Deutschen Bahn auf die Stadt Alfeld oder die Polizei übertragen werden kann.

Nach wie vor halten wir vor allem im Interesse unserer Gewerbebetriebe den Ausbau der B 3 für erforderlich. Diesen Ausbau wollen wir mit anderen beteiligten Kommunen und im Dialog mit Bund und Land voranbringen. Eine Lösung wie im Bereich Pattensen im 2+1-System ist anzustreben. Im Interesse der Entwicklung des Südkreises halten wir auch eine bessere Straßenanbindung an den Raum Hildesheim für notwendig.

Wir sind dem Landkreis dankbar, dass er die Radwegeverbindung von Godenau bis Brunkensen in die Prioritätenliste des Radwegeprogramms 2009 unter den ersten Plätzen aufgenommen hat. Da wir diese Verbindung für diese Region nach wie vor für wichtig halten, gilt es den Landkreis aufzufordern, diese auch in den nächsten Jahren zu bauen.

Unsere beiden Stadtbuslinien verbinden alle wichtigen Einrichtungen unserer Stadt. Diese sind zu erhalten. Eine Befragung der Fahrgäste soll dazu beitragen und auch klären, wie die Attraktivität gesteigert werden kann. Dabei sollten auch Alternativen für eine Verbesserung des Angebots geprüft werden. Das Preis-Leistungsverhältnis muss verbessert werden. Vor dem Hintergrund einer alter werdenden Gesellschaft muss das ÖPNV-Angebot altersspezifisch angepasst werden. Zu einem attraktiven ÖPNV-Angebot gehören moderne Bushaltestellen. Hier ist zu prüfen, ob mit Sponsoren und Werbemöglichkeiten ein Modernisierungsprogramm umgesetzt werden kann.

9. Energie

Die Katastrophe von Fukushima hat die Notwendigkeit eines schnelleren Ausstiegs aus der Atomenergie deutlich gemacht. Der Ausbau von regenerativen Energien, zum Beispiel von Offshore-Windparks an unseren Küsten, macht die Installierung von zusätzlichen Stromleitungen notwendig. Diese sollten dort, wo es in der Nähe von Wohngebieten umweltpolitisch oder landschaftlich notwendig ist, als Erdkabel verlegt werden.

Wir sind offen für erneuerbare Energien.

Maßnahmen zur Energieeinsparung sind bei der Straßenbeleuchtung und bei Sanierungsmaßnahmen und Neuinvestitionen umzusetzen. Der Einsatz von nachhaltigen Energieträgern ist zu fördern, wie zum Beispiel beim 7 Berge Bad und bei der Bürgerschule geschehen.

Zu prüfen ist, ob auf stadteigenen Gebäuden oder Flächen weitere Solar- oder Fotovoltaik-Anlagen installiert und mittelfristig wirtschaftlich betrieben werden können. Die Abnahme von Ökostrom in städtischen Einrichtungen ist in diese Überlegungen mit einzubeziehen.

10. Städtebaupolitik

Nachverdichtung und Schließen von Baulücken geht vor.

Von sinkenden Einwohnerzahlen und einer älter werdenden Bevölkerung ist auch die Stadt Alfeld betroffen und hat deutliche Auswirkungen auf den Umfang und die Art des Wohnungsneubaubedarfs und auch auf die Nutzungsänderungen des baulichen Bestandes. Die Entwicklung wird deshalb – auch aus Gründen der Infrastrukturkosten – in einigen Bereichen weg vom klassischen Neubaugebiet am Ortsrand in Richtung einer behutsamen innerörtlichen Ergänzung des baulichen Bestandes rücken.

Innenentwicklung ist der Begriff der heutigen Strategie in der Stadtentwicklung. Das heißt, es erfolgt soweit wie möglich keine Erweiterung in die „freie Landschaft“ mehr und der Bodenverbrauch wird vermindert. Ein weiterer resultierender Vorteil ist die Verkürzung der Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Neubauten in Stadt und Ortsteilen können zum Beispiel durch Baulückenschließung oder durch Revitalisierung von Brachflächen errichtet werden. Außerdem gibt es die Möglichkeit, vorhandene Bau-substanz anders zu nutzen und zu erweitern. Die bereits bestehende Forderung nach Mehrgenerationen-Häusern, betreutem und alterngerechtem Wohnen könnte dadurch verwirklicht werden. Durch die Innenentwicklung geschieht ebenfalls eine Aufwertung des öffentlichen Raumes (Straßen, Wege, Plätze) und die Erhaltung, Instandsetzung und Modernisierung von der das Stadtbild prägenden Bebauung. Außerdem ist es eine Maßnahme gegen den drohenden Gebäudeleerstand. Neue, abwechslungsreiche Begegnungsräume entstehen. Die Innenbereiche gewinnen wieder mehr und mehr an Attraktivität und werden gestärkt. Ziel ist es, die Stadt als öffentlichen Raum für alle Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen, damit diese sich damit identifizieren.

Wir setzen uns für den Aufbau eines Quartiersmanagement in Alfeld ein. In diesem Rahmen sollten Nachbarschaftstreffs eingerichtet werden. Diese könnten dazu beitragen, dass die Stadt zukunftsfähig und die Lebensqualität vor Ort erhalten bleibt. Dieser Treff der Generationen sollte für jedermann zugänglich sein und vielfältige Begegnungen und Kontakte ermöglichen, für Fragen des täglichen Lebens sowie für die Vermittlung von Dienstleistungen zur Verfügung stehen.

Private, Investoren, Wohlfahrtsverbände, Erschließungs- und Wohnungsbaugesellschaften finden sich allesamt in der definierten Stadtentwicklungsplanung wieder und bleiben somit auch zukünftig wichtig für diese Art des modernen Städtebaus. Äußerst positiv zu bewerten ist auch der Begleit-aspekt, dass die ansässigen Handwerksbetriebe davon profitieren.

Die in den vier „Süddörfern“ Föhrste, Imsen, Röllinghausen und Wispenstein aktuell durchgeführte Dorferneuerung stellt zum Beispiel ein Instrument für die Planung zur Innenentwicklung eines Ortes dar.

Unsere Überzeugung

Stillstand bedeutet Rückschritt.

Wir, die SPD in Alfeld, sind der Auffassung, auch in finanziell schwierigen Zeiten die notwendigen Investitionen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung unserer Stadt vorzunehmen.

Nur so hat Alfeld eine Chance, sich in Konkurrenz zu den anderen Städten der Region zu behaupten.